



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Steuereinnahmen sichern - Steuersystem modernisieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Schon vor der Bundestagswahl war offensichtlich, dass es sich beim Wettbewerb zwischen der FDP und Teilen der Union, wer die größten Steuergeschenke verspricht, um bloße Wahlkampfmanöver handelte. Der Landtag stellt fest, dass die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verursachte prekäre Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen keinerlei Steuerrechtsänderungen zulässt, die in der Summe zu Mindereinnahmen führen. Im Gegenteil sind Maßnahmen geboten, die das Steueraufkommen stabilisieren und erweitern.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine nachhaltige Einkommensteuerreform einerseits das Steuerrecht vereinfachen und andererseits für eine gleichmäßigere Belastung unter den Steuerpflichtigen sorgen muss. Deshalb ist der Grundfreibetrag anzuheben, sind kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten, aber höhere Einkommen stärker heranzuziehen. Das Ehegattensplitting, das zur Familienförderung allenfalls noch geeignet war, als kinderlose Ehen die Ausnahme blieben, ist längst nicht mehr zeitgemäß und muss durch moderne Formen der Kinder- und Familienförderung ersetzt werden.
3. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am deutschen Steueraufkommen zu niedrig. Der Landtag stellt deshalb fest, dass das Erbschaftsteueraufkommen auszuweiten ist. Große Erbschaften sollen dazu mehr, kleine Erbschaften weniger beitragen bzw. durch Freibeträge ganz verschont bleiben.
4. In besonders großem Umfang ist das Steueraufkommen der Kommunen von konjunkturellen Schwankungen geprägt. Deshalb spricht sich der Landtag dafür aus, die kommunalen Steuereinnahmen stetiger zu gestalten und deren Abhängigkeit von den Unternehmensgewinnen zu verringern. Die Gewerbesteuer ist dazu zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiter zu entwickeln, deren Bemessungsgrundlage mehr ertragsunabhängige Elemente enthält.
5. Das Volumen internationaler Finanztransaktionen hat sich vor Ausbruch der Finanzkrise immer weiter aufgebläht und vom realen Güterverkehr weitgehend gelöst. Um die Spekulation zu bremsen und den Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls angemessen zu beteiligen, fordert der Landtag die Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer.
6. Die Steuerbasis bleibt unausgeschöpft, wenn die Steuerverwaltung das Steuerrecht nicht ausreichend durchsetzen kann. Dies führt sowohl zu Einnahmeausfällen bei Bund, Länder und Gemeinden als auch zu einer inakzeptablen Mehrbelastung der ehrlichen Steuerzahler. Der Landtag stellt deshalb fest, dass ein einfacheres Steuersystem besser durchsetzbar ist, die Verfolgung von Steuerhinterziehern vereinfacht und die Akzeptanz des Steuerrechts erhöht. Der Landtag stellt zudem

fest, dass die Steuerverwaltung entsprechend ihrer Aufgaben personell auszustatten ist, wozu ebenso eine stetige Förderung der Ausbildung wie auch ein gezielter Ausbau der Bereiche Betriebsprüfung und Steuerfahndung gehört.

Wiesbaden, den 6. Oktober 2009

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir